

**Gemeinde Sevelen**

---

**Anhang III zum Baureglement**

- . Auszug aus Planungs- und Baugesetz**
- . Weitere massgebende Grundlagen**
- . Abkürzungen**

---

19. September 2019

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
<b>1 Auszug aus dem Planungs- und Baugesetz</b>	<b>3</b>
1.1 Allgemeine Bestimmungen	3
1.2 Begriffe	4
1.3 Bauvorschriften für Bauten und Bauteile	8
1.4 Grössenbeschränkungen	8
1.5 Abstände	11
1.6 Bauweise und Terrain	13
1.7 Einordnung und Gestaltung	14
<b>2 Weitere massgebende Grundlagen</b>	<b>15</b>
<b>3 Abkürzungen</b>	<b>17</b>

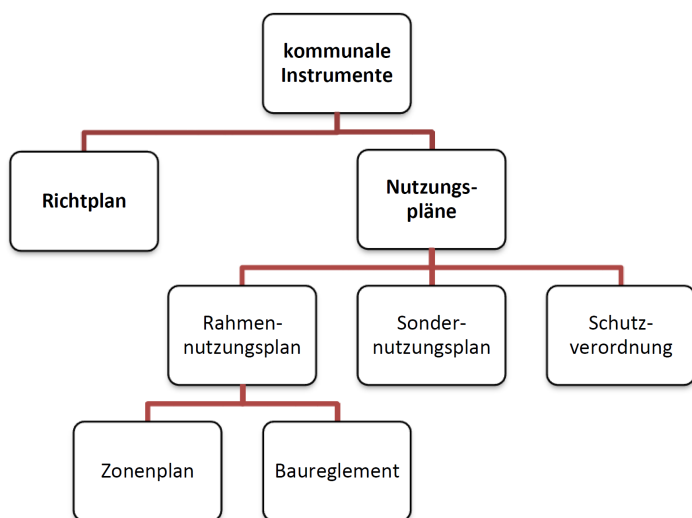
# 1 Auszug aus dem Planungs- und Baugesetz<sup>1</sup>

## 1.1 Allgemeine Bestimmungen

### Art. 1 PBG Ortsplanung

Die Instrumente der Ortsplanung sind der kommunale Richtplan und die kommunalen Nutzungspläne. Die kommunale Nutzungsplanung umfasst:

- a) Rahmennutzungsplan, bestehend aus Zonenplan und Baureglement;
- b) Sondernutzungsplan;
- c) Schutzverordnung.



### Art. 12 – 22 PBG Zonenarten

Möglicher Nutzungszonen-Katalog (abschliessend):

- Wohnzonen (W)
- Wohn-Gewerbebezonen (WG)
- Arbeitszonen (A)
- Kernzonen (K)
- Freihaltezonen
  - innerhalb Bauzone(FiB)
  - ausserhalb Bauzone (FaB); kann andere Zonen überlagern
- Intensiverholungszone (I)
- Zone für öffentliche Bauten und Anlagen (ÖBA)
- Schwerpunktzonen (SPZ)
- Weilerzonen (WE)
- Landwirtschaftszonen (L)
- Schutzzonen (S); können andere Zonen überlagern

<sup>1</sup> Planungs- und Baugesetz (PBG); sGS 731.1

## 1.2 Begriffe

### Art. 73 PBG Gebäude

Gebäude sind ortsfeste Bauten, die zum Schutz von Menschen, Tieren oder Sachen eine feste Überdachung und in der Regel weitere Abschlüsse aufweisen.

### Art. 74 PBG Kleinbauten (Art. 80, 94 PBG)

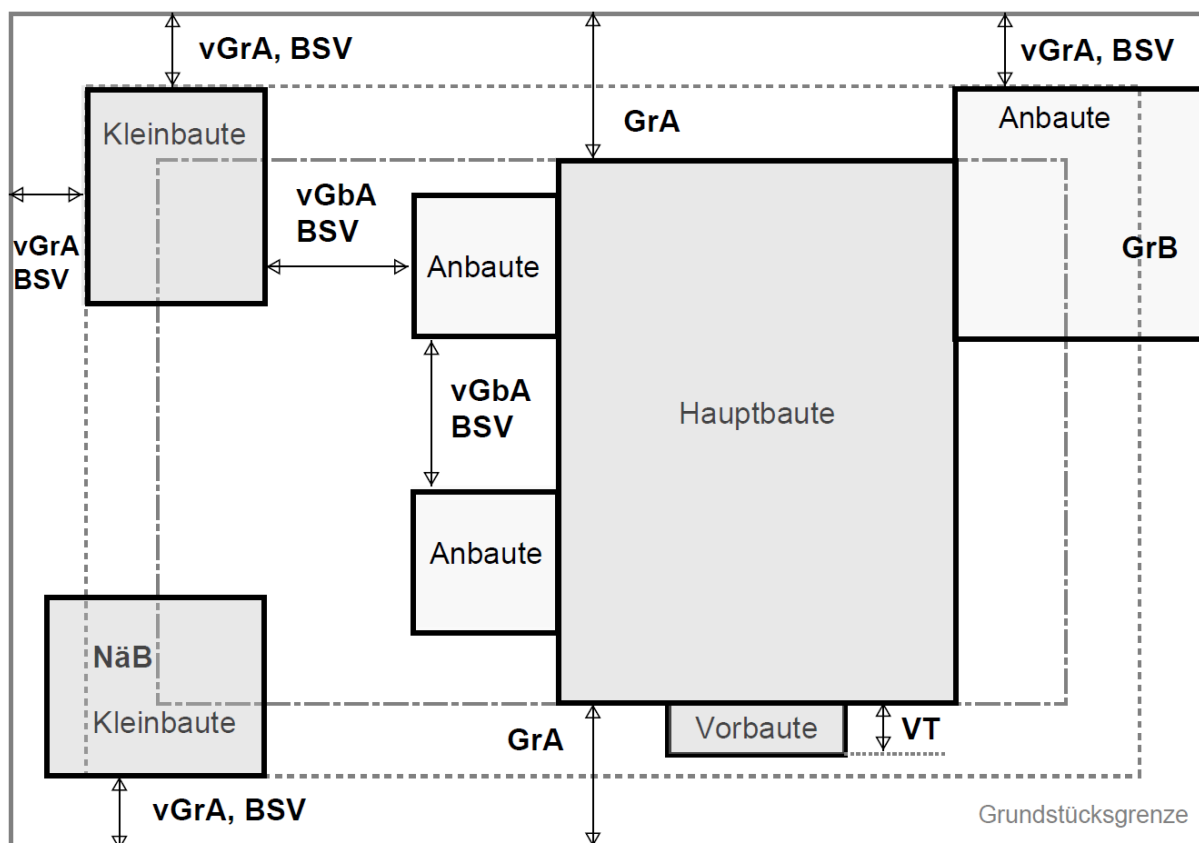
Kleinbauten sind frei stehende Gebäude, die in ihren Dimensionen die zulässigen Masse nicht überschreiten.

### Art. 75 PBG Anbauten (Art. 80, 94 PBG)

1 Anbauten sind mit einem anderen Gebäude zusammengebaut, überschreiten in ihren Dimensionen die zulässigen Masse nicht und enthalten nur Nebennutzflächen.

2 Die Baubehörde kann ausnahmsweise Hauptnutzungen zulassen, wenn keine überwiegenden privaten oder öffentlichen Interessen entgegenstehen.

Abbildung 1: Grenz- und Gebäudeabstände von Haupt-, Klein-, An- und Vorbauten:




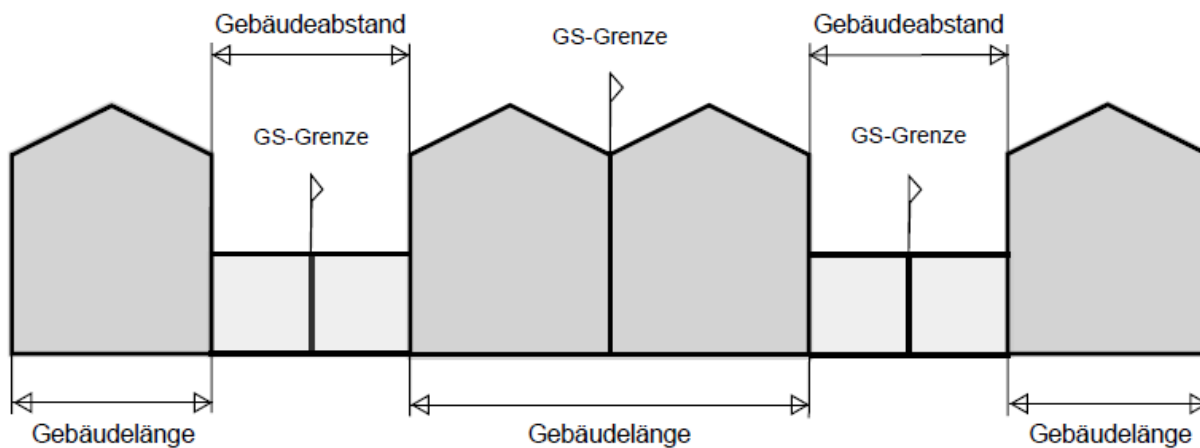
GrA	Grenzabstand für Hauptbauten	BSV	Brandschutzvorschriften
vGrA	verminderter Grenzabstand für Klein- und Anbauten	GrB	Grenzbauteil mit Zustimmung des Nachbarn
vGbA	verminderter Gebäudeabstand für Klein- und Anbauten	NäB	Näherbau mit Zustimmung des Nachbarn
		VT	Tiefe der Vorbaute
			nur Nebennutzungen (Anbauten)

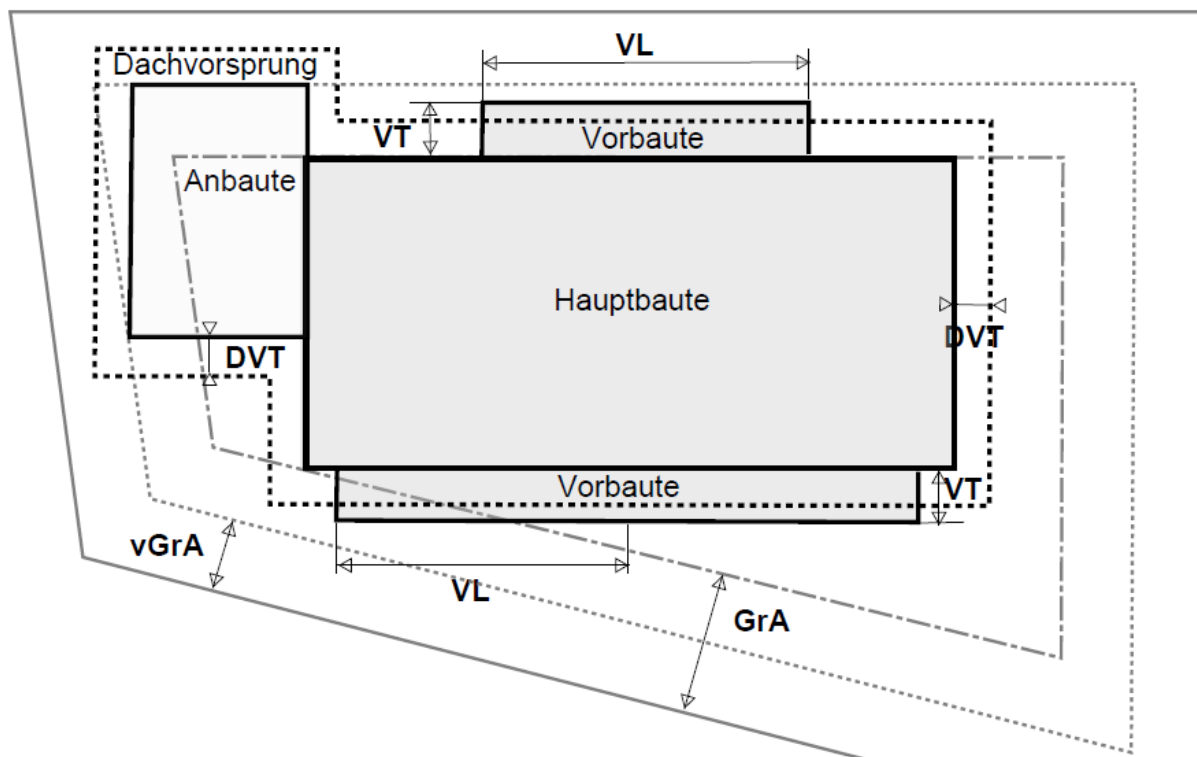
Abbildung 2: Zusammenbau von Anbauten über die Grundstücksgrenze:




**Art. 76 PBG Vorbauten** (Art. 81 PBG)

Vorbauten sind punktuell oder nicht abgestützte, über die Fassade vorspringende Bauteile, wie Vordächer, Balkone, Erker, Veranden.

Abbildung 3: Grenzabstände von Vorbauten und Dachvorsprüngen



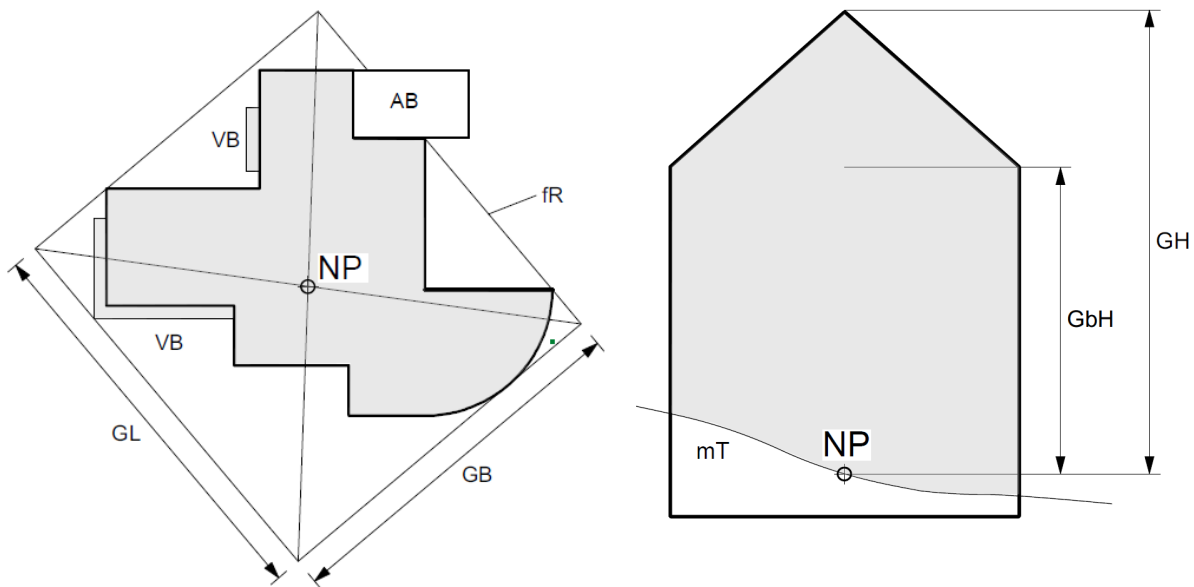
- |     |                          |   |  |
|-----|--------------------------|---|--|
| VT  | Tiefe der Vorbau         | GrA   | Grenzabstand für Hauptbauten             |
| VL  | Länge der Vorbau         | vGrA  | verminderter GrA für Klein- und Anbauten |
| DVT | Tiefe des Dachvorsprungs |  | nur Nebennutzungen (Anbaute)             |

### Art. 77 PBG Niveaupunkt

1 Als Niveaupunkt gilt der Schwerpunkt des kleinsten aus Gebäudelänge und Gebäudebreite (Art. 82 PBG) ohne Anbauten und Dachvorsprünge gebildeten Rechtecks auf dem massgebenden Terrain.

2 Für Anbauten und zusammengebaute Gebäude wird der Niveaupunkt für jedes Gebäude oder jeden Gebäudeteil einzeln bestimmt.

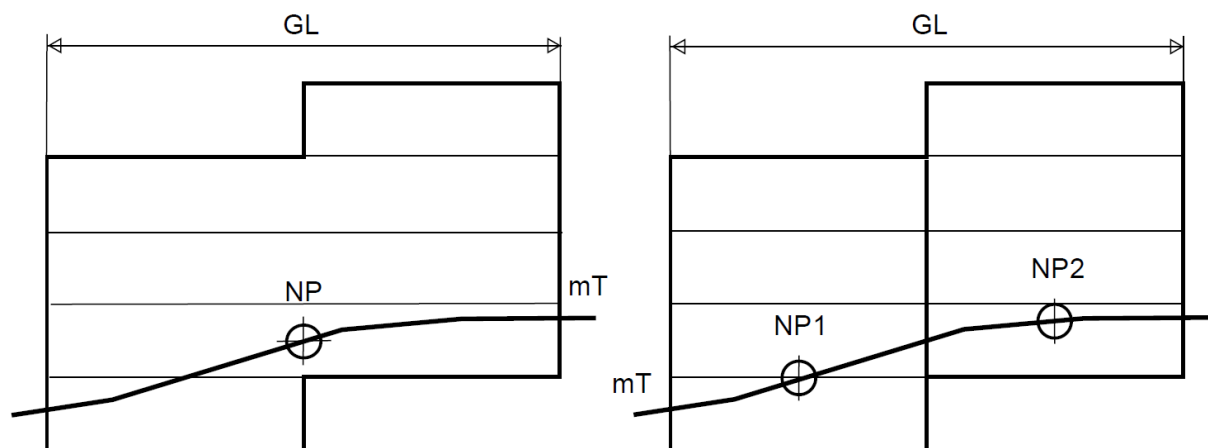
Abbildung 4: Niveaupunkt:



NP	Niveaupunkt
fR	flächenkleinstes Rechteck
GL	Gebäudelänge
GB	Gebäudebreite
VB	Vorbaute

AB	Anbaute
GH	Gesamthöhe
GbH	Gebäudehöhe
mT	massgebendes Terrain

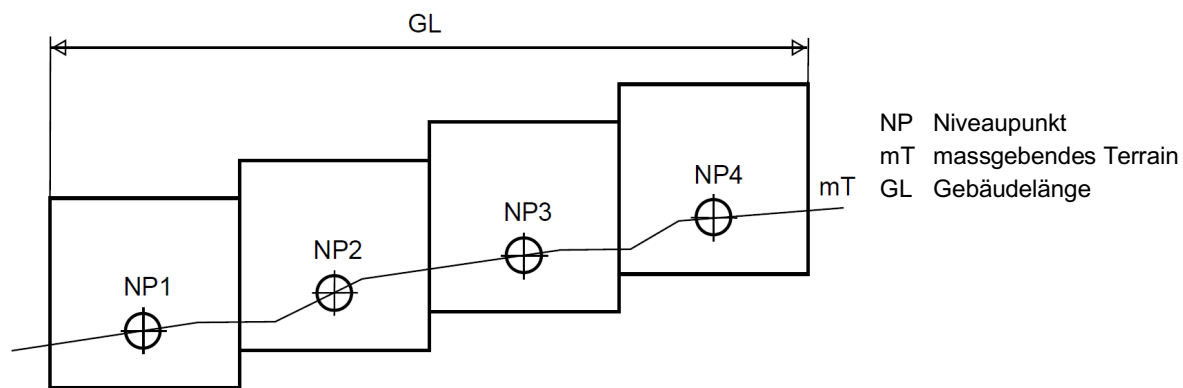
Abbildung 5: Separate Niveaupunkte:



Keine einzelnen Baukörper  
ein Gebäude mit einem Niveaupunkt

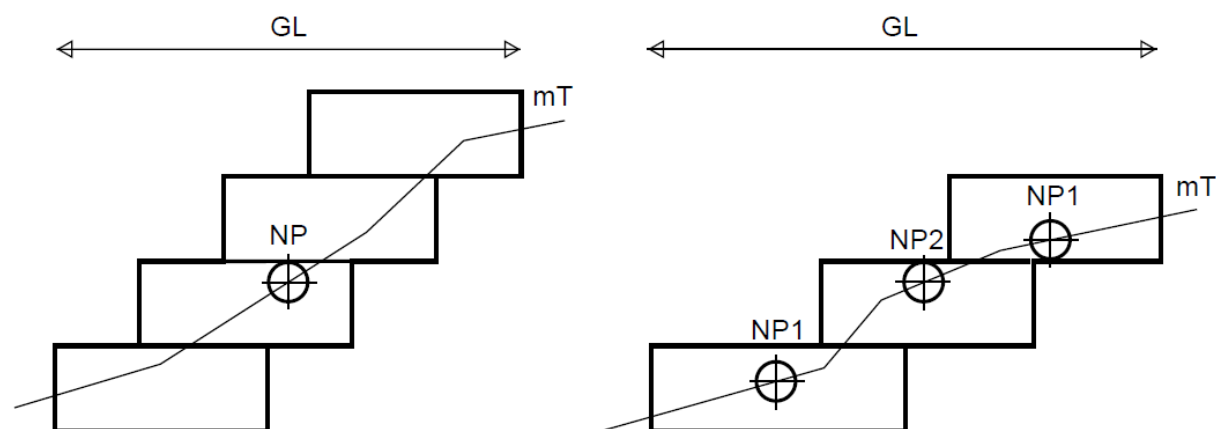
Einzelne zusammengebaute Baukörper  
mit je eigenem Niveaupunkt

Abbildung 6: Horizontale Staffelung



Horizontale Staffelung: einzelne Baukörper (konstruktiv, funktional, optisch) mit je eigenen Niveaupunkten

Abbildung 7: Vertikale Staffelung:



Vertikale Staffelung:  
Keine einzelnen Baukörper  
ein Gebäude mit einem Niveaupunkt

Weite vertikale Staffelung:  
Einzelelemente treten als einzelne  
Baukörper in Erscheinung

#### Art. 78 PBG Massgebendes Terrain

- 1 Als massgebendes Terrain gilt der natürliche oder, wenn dieser nicht mehr festgestellt werden kann, der bewilligte Geländeverlauf. Besteht kein bewilligter Geländeverlauf, wird vom natürlich gewachsenen Geländeverlauf der Umgebung ausgegangen.
- 2 Das massgebende Terrain kann im Nutzungsplan abweichend festgelegt werden.

### 1.3 Bauvorschriften für Bauten und Bauteile

#### Art. 79 PBG Massangaben für Hauptbauten

- 1 Der kommunale Nutzungsplan enthält für Bauten und Bauteile Massangaben über Gesamthöhe, Grenzabstand und Gebäudeabstand.
- 2 Er kann Massangaben enthalten über:
  - a) Gebäudelänge und Gebäudebreite;
  - b) Gebäudehöhe und Winkelmaß für Dachraum;
  - c) Fassadenhöhe;
  - d) Baumassenziffer;
  - e) Terrainveränderungen.
- 3 Die Gebäudeabstände nach den Bestimmungen der Feuerschutzgesetzgebung bleiben vorbehalten.

#### Art. 80 PBG Kleinbauten und Anbauten (Art 74,75, 94 PBG)

Der kommunale Nutzungsplan bestimmt neben den erforderlichen Massangaben zusätzlich die höchste Gebäudgrundfläche von Kleinbauten und Anbauten.

#### Art. 81 PBG Vorbauten und Dachvorsprünge (Art 81 PBG)

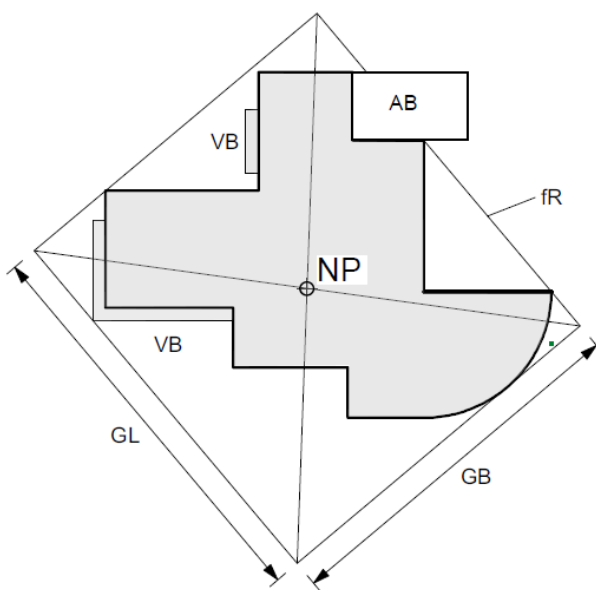
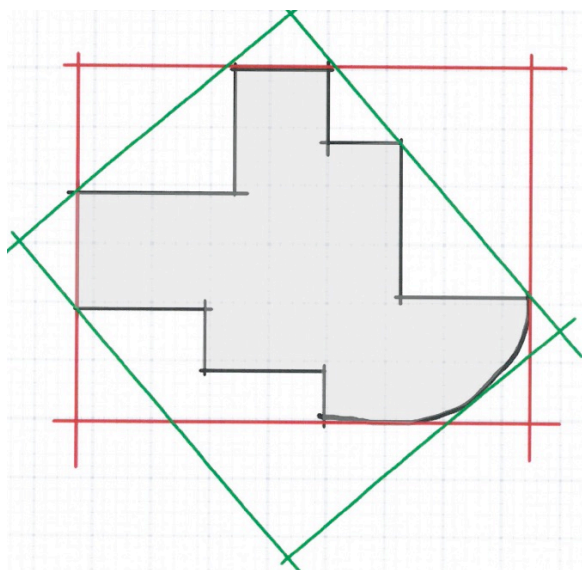
- 1 Vorbauten ragen höchstens bis zum zulässigen Mass für Tiefe und Länge in den Grenz- oder Strassenabstand hinein.
- 2 Dachvorsprünge ragen höchstens bis zum zulässigen Mass für die Tiefe in den Grenz- oder Strassenabstand hinein.
- 3 Der kommunale Nutzungsplan enthält die zulässigen Masse.

### 1.4 Grössenbeschränkungen

#### Art. 82 PBG Gebäudelänge und Gebäudebreite

- 1 Die Gebäudelänge bezeichnet die längere Seite des kleinsten die Baute ohne Anbauten und Dachvorsprünge umhüllenden Rechtecks.
- 2 Die Gebäudebreite bezeichnet die kürzere Seite des kleinsten die Baute ohne Anbauten und Dachvorsprünge umhüllenden Rechtecks.

Abbildung 8: Flächenkleinstes Rechteck, Gebäudelänge und -breite



fR flächenkleinstes Rechteck  
GL Gebäudelänge  
GB Gebäudebreite

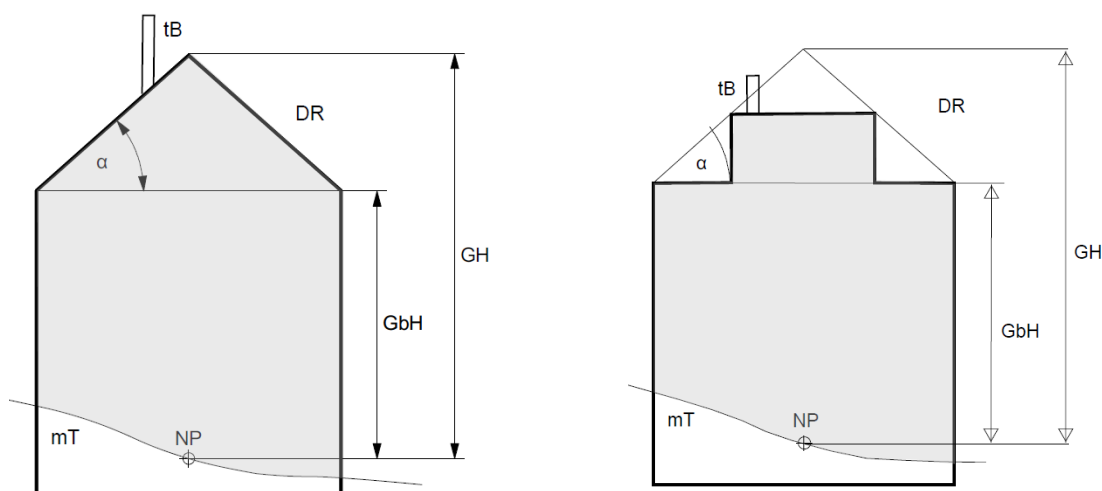
VB Vorbaute  
AB Anbaute  
NP Niveaupunkt



### Art. 83 PBG Gesamthöhe

- 1 Die Gesamthöhe bezeichnet den senkrechten Abstand zwischen dem Niveaupunkt und dem höchsten Punkt des Dachs.
- 2 Nicht angerechnet werden technisch notwendige Bauteile und Anlagen, wie Liftschächte, Kamine, Antennen, Dachränder, Solarzellen und Sonnenkollektoren.

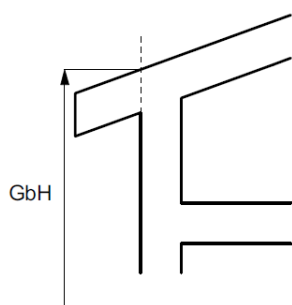
Abbildung 9: Gebäudehöhe, Dachraum, Gesamthöhe:



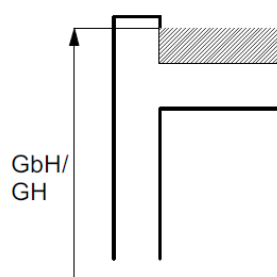
NP Niveaupunkt  
mT Massgebendes Terrain  
 $\alpha$  Winkelmass  
tB Technisch notwendiges Bauteil

GH Gesamthöhe  
GbH Gebäudehöhe  
DR Dachraum

Abbildung 10: Schnittpunkt «Fassade-Dachoberkante»:



Schnittpunkt Fassade-Dachoberkante  
bei Satteldach – auf Höhe Oberkante der Dach-  
eindeckung

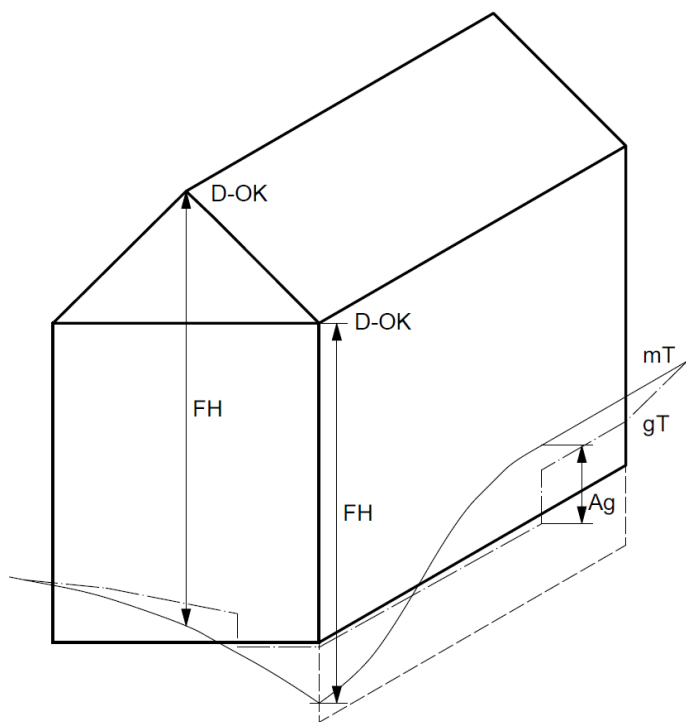


Schnittpunkt Fassade-Dachoberkante  
bei Flachdach – auf Höhe Oberkante Attikageschoss-  
Fussboden

**Art. 86 PBG Fassadenhöhe (Art. 97 PBG)**

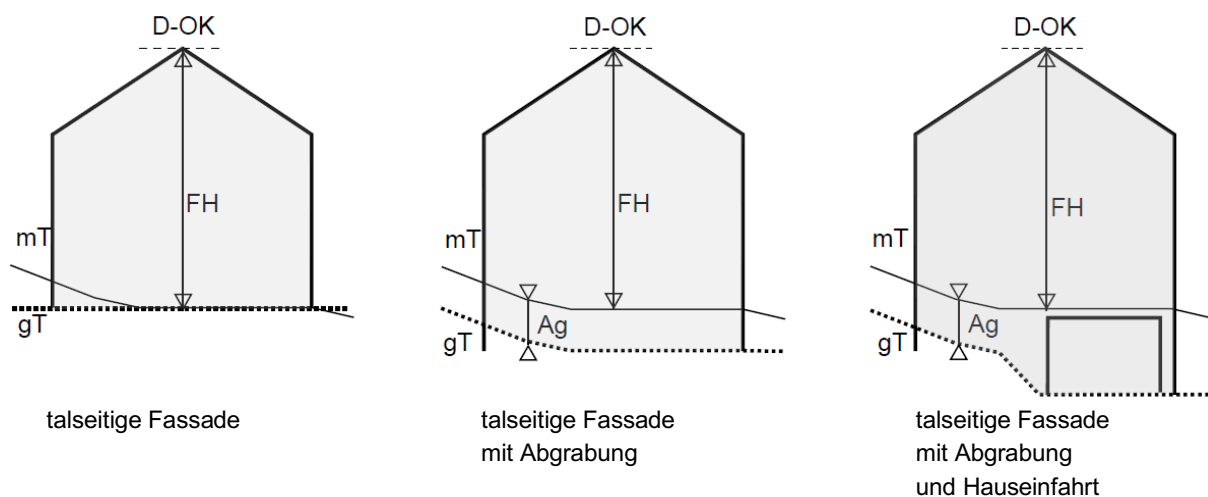
Die Fassadenhöhe bezeichnet den grössten Höhenunterschied zwischen der Dachoberkante und dem senkrecht darunterliegenden Punkt auf dem massgebenden Terrain der jeweiligen Fassade.

Abbildung 16: Fassadenhöhe



- FH Fassadenhöhe
- D-OK Dachoberkante
- mT massgebendes Terrain
- gT gestaltetes Terrain
- Ag maximale Abgrabungshöhe

Abbildung 17: Fassadenhöhe, Abgrabung, Hauseinfahrt



- |      |   |    |                         |
|------|---|----|-------------------------|
| FH   | Fassadenhöhe                              | mT | massgebendes Terrain    |
| D-OK | Dachoberkante                             | gT | gestaltetes Terrain     |
|      | talseitig in Erscheinung tretende Fassade | Ag | maximale Abgrabungshöhe |

## 1.5 Abstände

### Art. 90 PBG Gewässerabstand

- 1 Die politische Gemeinde legt in der kommunalen Nutzungsplanung den Gewässerraum nach der Bundesgesetzgebung über den Gewässerschutz fest.
- 2 Gegenüber Gewässern, bei denen auf die Festlegung des Gewässerraums verzichtet wurde, gilt für Bauten und Anlagen in der Bauzone ein beidseitiger Abstand von fünf Metern.
- 3 Die Unterschreitung des Abstandes ist zulässig, wenn:
  - a) die Hochwassersicherheit gewährleistet ist;
  - b) der Zugang und die ungehinderte Zufahrt zum Gewässer für den Unterhalt sichergestellt oder nicht erforderlich sind;
  - c) keine ökologischen Interessen entgegenstehen.
- 4 Der Zustimmung der zuständigen kantonalen Stelle bedürfen:
  - a) Baubewilligungen im Gewässerraum;
  - b) Unterschreitung des Abstands nach Abs. 3 dieser Bestimmung.

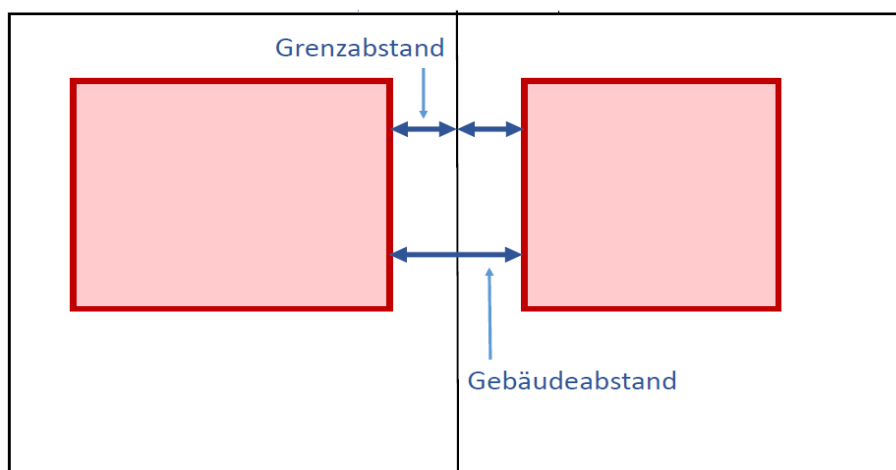
### Art. 91 PBG Waldabstand

- 1 Der Mindestabstand gegenüber Wäldern beträgt ab Stockgrenze:
  - a) 5 Meter für Strassen;
  - b) 2 Meter für leicht befestigte Naturstrassen, die ohne Terrainveränderung erstellt werden;
  - c) 15 Meter für die übrigen Bauten und Anlagen.
- 2 In Nutzungsplänen können abweichende Abstände festgelegt werden, wenn die Waldgesetzgebung und die örtlichen Verhältnisse es zulassen. Der Mindestabstand für Bauten und Anlagen nach Abs. 1 Bst. c dieser Bestimmung beträgt 10 Meter.

### Art. 92 PBG Grenzabstand

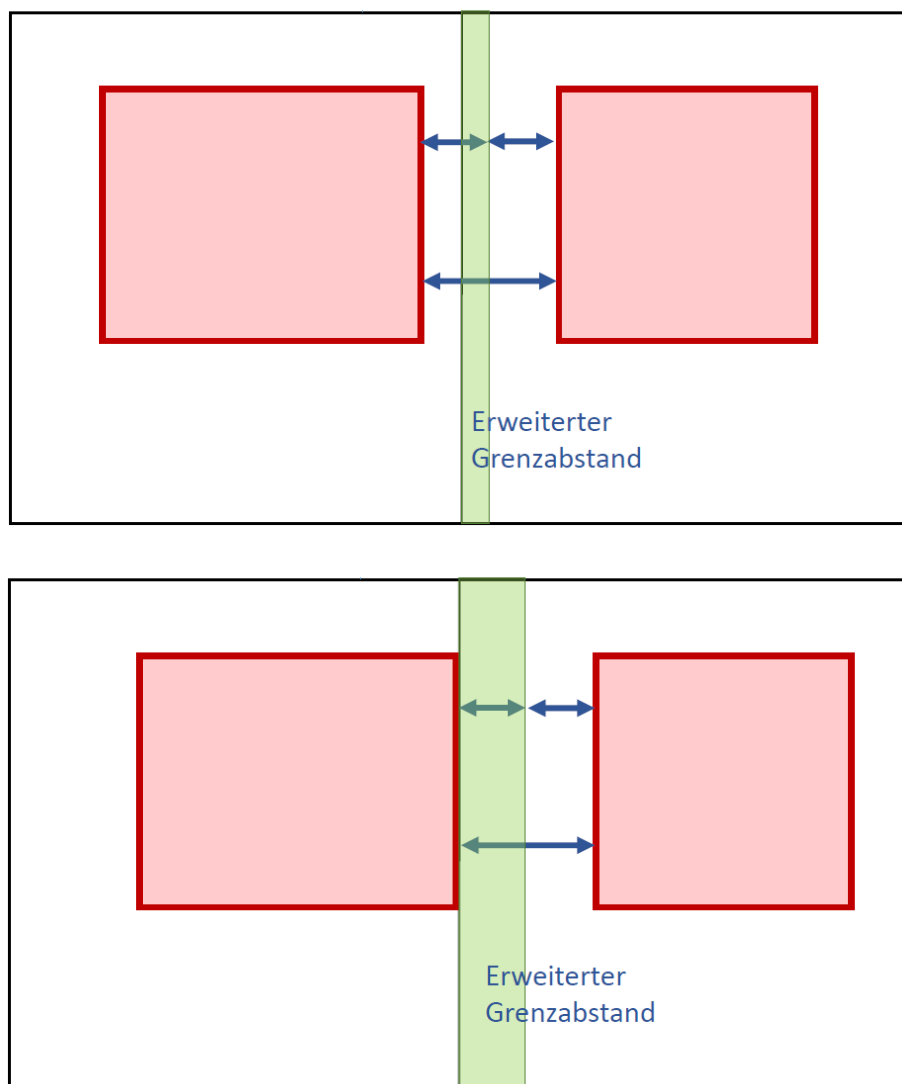
- 1 Als Grenzabstand von Gebäuden gilt die kürzeste im Grundriss gemessene Entfernung zwischen Grenze und Fassade. Es gilt allseits der gleiche Grenzabstand.

Abbildung 18: Ordentlicher Grenz- und Gebäudeabstand



- 2 Der Grenzabstand kann ungleich auf benachbarte Grundstücke verteilt werden, wenn sich die Eigentümerin oder der Eigentümer des benachbarten Grundstücks schriftlich zur Einhaltung eines entsprechend grösseren Grenzabstands verpflichtet. Die Baubehörde verfügt diese Verpflichtung als öffentlich-rechtliche Eigentumsbeschränkung und lässt sie im Grundbuch anmerken.

Abbildung 19: Erweiterte Grenzabstandsverpflichtung



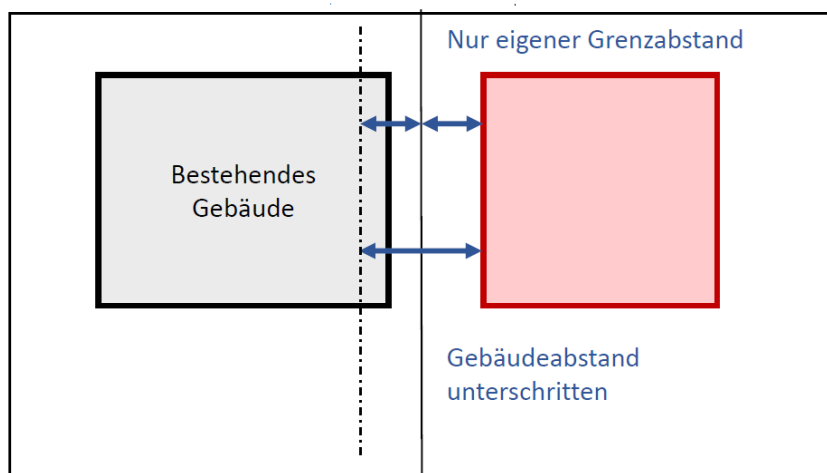
3 Die politische Gemeinde kann für Bauten innerhalb einer Zone andere Masse für die Grenzabstände festlegen als gegenüber Grundstücken in anderen Zonen.

#### Art. 93 PBG Gebäudeabstand

1 Als Gebäudeabstand gilt die kürzeste Entfernung zwischen zwei Fassaden. Er entspricht der Summe der für die beiden Gebäude vorgeschriebenen Grenzabstände. Er ist auch zwischen Gebäuden auf dem gleichen Grundstück einzuhalten.

2 Steht auf dem Nachbargrundstück ein Gebäude mit einem geringeren als dem nach den massgebenden Bestimmungen geltenden Grenzabstand, genügt anstelle des Gebäudeabstands die Einhaltung des Grenzabstands, wenn keine wichtigen öffentlichen Interessen entgegenstehen.

Abbildung 19: Zu kurzer Grenzabstand auf Nachbargebäude



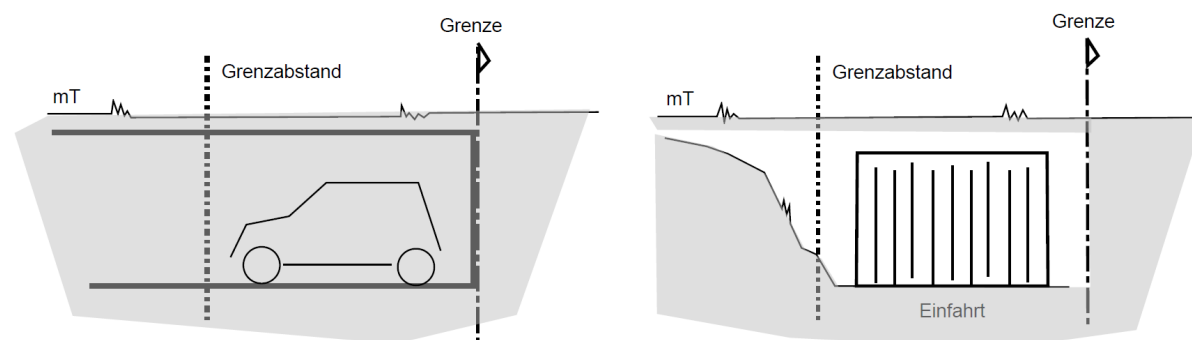
#### Art. 94 PBG Abstände von Kleinbauten und Anbauten (Art 74,75, 80 PBG)

Kleinbauten und Anbauten können mit schriftlicher Zustimmung der Eigentümerin oder des Eigentümers des benachbarten Grundstücks bis an die Grenze gestellt werden.

#### Art. 95 PBG Abstandsfreie Gebäude und Gebäudeteile

- 1 Für unterirdische Gebäude und Gebäudeteile bestehen keine Abstandsvorschriften, soweit der Nutzungsplan nichts anderes bestimmt.
- 2 Oberirdische Gebäude und Gebäudeteile, die das massgebende oder tiefer gelegte Terrain höchstens um einen halben Meter überragen, weisen einen Abstand von wenigstens einem halben Meter zur Grenze auf. Mit schriftlicher Zustimmung der Eigentümerin oder des Eigentümers des benachbarten Grundstücks können sie bis an die Grenze gestellt werden.

Abbildung 20: Unterirdische Baute (vollständig unter dem massgebenden Terrain; vollständig überdeckt, mit Ausnahme von Zugängen und Zufahrten)



mT massgebendes Terrain

### 1.6 Bauweise und Terrain

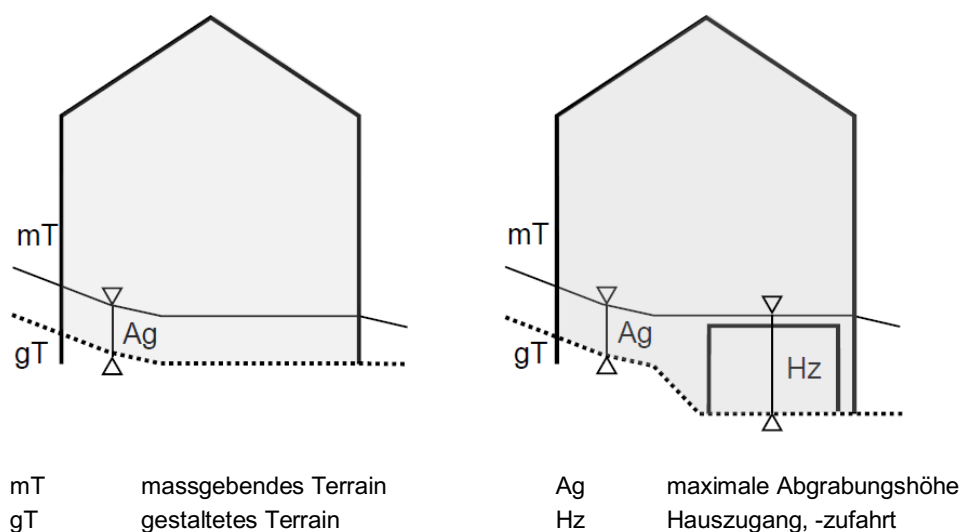
#### Art. 96 PBG Bauweise

- 1 Die vorgeschriebenen Abstände werden auf allen Seiten eingehalten, soweit der Nutzungsplan keine geschlossene Bauweise vorsieht.
- 2 Der Zusammenbau über die Grenze ist bis zur höchstens zulässigen Gebäudelänge oder Gebäudebreite gestattet.

### Art. 97 PBG Terrainveränderungen (siehe Grafik bei Art. 86 PBG)

- 1 Abgrabungen sind höchstens bis zum zulässigen Mass unter das massgebende Terrain erlaubt. Ausgenommen sind Haus- und Kellerzugänge, Gartenausgänge sowie Zufahrten.
- 2 Aufschüttungen werden dem massgebenden Terrain angepasst. Stützmauern und Böschungen weisen einen Abstand zur Grenze auf.
- 3 Die politische Gemeinde legt im kommunalen Nutzungsplan die zulässigen Masse und den Grenzabstand von Stützmauern und Böschungen fest.
- 4 Mit schriftlicher Zustimmung der Eigentümerin oder des Eigentümers des benachbarten Grundstücks können Stützmauern und Böschungen bis an die Grenze gestellt werden.

Abbildung 21: maximale Abrabungshöhe



mT massgebendes Terrain  
gT gestaltetes Terrain

Ag maximale Abrabungshöhe  
Hz Hauszugang, -zufahrt

### Art. 98 PBG Teilung von Grundstücken

- 1 Soll ein ganz oder teilweise überbautes Grundstück geteilt werden, benachrichtigt das Grundbuchamt die Baubehörde.
- 2 Mit der Teilung von Grundstücken dürfen keine den Bauvorschriften widersprechende Verhältnisse geschaffen werden.
- 3 Die Baubehörde verfügt Anordnungen zur Vermeidung baurechtswidriger Verhältnisse als öffentlich-rechtliche Eigentumsbeschränkungen und lässt sie im Grundbuch anmerken.

## 1.7 Einordnung und Gestaltung

### Art. 99 PBG Grundsatz

- 1 Die Erstellung von Bauten und Anlagen, die das Orts- oder Landschaftsbild verunstalten oder Baudenkmäler beeinträchtigen, ist untersagt.
- 2 Die politische Gemeinde kann für Kern- und Schutzzonen sowie für weitere konkret bezeichnete Gebiete vorschreiben, dass Bauten und Anlagen so gestaltet und eingeordnet werden, dass mit der Umgebung zusammen eine gute Gesamtwirkung entsteht.

### Art. 100 PBG Anreize für besonders hochwertige Gestaltung

Die politische Gemeinde kann im Baureglement Anreize für die besonders hochwertige Gestaltung von Bauten und Anlagen oder für die Durchführung von Wettbewerbsverfahren vorsehen. Sie legt Art und Mass des Anreizes fest.

## 2 Weitere massgebende Grundlagen

Ausser dem Baureglement enthalten insbesondere die nachstehenden Erlasse gültige Vorschriften für das Bauwesen. Sie sind ebenfalls zu beachten:

### Eidgenössische Erlasse

- Schweizerisches Zivilgesetzbuch (ZGB); SR 210
- Bundesgesetz über die Raumplanung (Raumplanungsgesetz, RPG); SR 700
- Raumplanungsverordnung (RPV); SR 700.1
- Verordnung über das Bundesinventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz (VISOS); SR 451.12
- Bundesgesetz über den Umweltschutz (Umweltschutzgesetz, USG); SR 814.01
- Lärmschutzverordnung (LSV); SR 814.41
- Luftreinhalteverordnung (LRV); SR 814.318.142.1
- Verordnung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung (NISV); SR 814.710
- Verordnung über die Sanierung von belasteten Standorten (Altlasten-Verordnung, AltIV); SR 814.680
- Energiegesetz (EnG); SR 730.0
- Energieverordnung (EnV); SR 730.01
- Bundesgesetz über den Natur- und Heimatschutz (NHG); SR 451
- Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer (Gewässerschutzgesetz, GSchG); SR 814.20
- Gewässerschutzverordnung (GSchV); SR 814.201
- Bundesgesetz über den Wald (Waldgesetz, WaG); SR 921.0
- Bundesgesetz über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel (Arbeitsgesetz, ArG); SR 822.11

### Kantonale Erlasse

- Planungs- und Baugesetz (PBG); sGS 731.1
- Verordnung zum Planungs- und Baugesetz (PBV)
- Strassengesetz (StrG); sGS 732.1
- Strassenverordnung (StrV); sGS 732.11
- Gesetz über die Verfahrenskoordination in Bausachen (VKoG); sGS 731.2,
- Einführungsgesetz zur eidgenössischen Umweltschutzgesetzgebung (EG-USG); sGS 672.1
- Verordnung zum Einführungsgesetz zur eidgenössischen Umweltschutzgesetzgebung (V zu EG-USG); sGS 672.11
- Verordnung über den Schutz von Naturkörpern und Altertümern; sGS 271.51
- Naturschutzverordnung (NSV); sGS 671.1
- Energiegesetz (EnG); sGS 741.1
- Energieverordnung (EnV); sGS 741.11
- Gesetz über die Gewässernutzung; sGS 751.1
- Vollzugsgesetz zur eidgenössischen Gewässerschutzgesetzgebung / Verordnung; sGS 752.2 | sGS 752.21
- Einführungsgesetz zur eidgenössischen Waldgesetzgebung (WaG); sGS 651.1
- Gesetz über den Feuerschutz (FSG); sGS 871.1
- Gemeindegesetz (GG); sGS 151.2
- Enteignungsgesetz (EntG); sGS 735.1
- Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege (VRP); sGS 951.1
- Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (EG-ZGB); sGS 911.1

### **Normen / Merkblätter**

Für die Dimensionierung, Berechnung und Ausstattung von Bauten und Anlagen sind folgende Normen als Richtlinie zu beachten:

- Hindernisfreie Bauten (SIA 500); SN 521 500
- Geländer und Brüstungen (SIA 358); SN 534 358
- Liegenschaftsentwässerung; SN 592 000
- Grundstückszufahrten; VSS Norm 40 050
- Leichter Zweiradverkehr: Abstellanlagen, Bedarfsermittlung; VSS Norm 40 065
- Leichter Zweiradverkehr: Abstellanlagen, Geometrie; VSS Norm 40 066
- Kontrolle der Befahrbarkeit; VSS Norm 40 271a
- Knoten: Sichtverhältnisse in Knoten; VSS Norm 40 273a
- Parkieren: Angebot an Parkfeldern für Personenwagen; VSS Norm 40 281
- Parkieren: Anordnung und Geometrie der Parkieranlagen; VSS Norm 40 291a
- Merkblätter Veloparkierung; Tiefbauamt Kanton St.Gallen;  
[www.langsamverkehr.sg.ch](http://www.langsamverkehr.sg.ch)
- Allgemeine Bedingungen für Bauarbeiten; SIA 118
- Wärme- und Feuchteschutz im Hochbau; SIA 180
- Schallschutz im Hochbau; SIA 181
- Diverse Brandschutznormen im Hochbau; SIA 183 ff
- Thermische Energie im Hochbau; SIA 380/1
- Elektrische Energie im Hochbau; SIA 380/4
- Flächen und Volumen von Gebäuden; SIA 416
- Normalien und Richtlinien des Tiefbauamtes Kanton St.Gallen;  
[www.sg.ch/tiefbau/Projektierungsgrundlagen](http://www.sg.ch/tiefbau/Projektierungsgrundlagen)
- ASTRA Vollzugshilfen: Veloparkierung, Wanderwege, etc.  
[www.astra.ch](http://www.astra.ch)
- Sicherheitsempfehlungen der Schweizerischen Beratungsstelle für Unfallverhütung; [www.bfu.ch](http://www.bfu.ch)
- Vorschriften der SUVA über Hoch- und Tiefbauten; [www.suva.ch](http://www.suva.ch)
- Brandschutznorm (Vereinigung kantonaler Feuerversicherungen); [www.vkf.ch](http://www.vkf.ch)
- Spielplätze, Richtlinien und Empfehlungen zur Gestaltung; Baudepartement des Kantons St.Gallen
- Spielräume; bfu-Fachdokumentation 2.025; [www.bfu.ch](http://www.bfu.ch)



### 3 Abkürzungen

AFU	Amt für Umwelt und Energie des Kantons St.Gallen
AREG	Amt für Raumentwicklung und Geoinformation
BauR	Vorliegendes Baureglement
EG-USG	Einführungsgesetz zur eidgenössischen Umweltschutzgesetzgebung, sGS 672.1
EG-ZGB	Einführungsgesetz zum eidgenössischen Zivilgesetzbuch, sGS 911.1
EnG	Energiegesetz; sGS 730.0
EnV	Energieverordnung; sGS 730.01
GebT	Gebührentarif für die Kantons- und Gemeindeverwaltung, sGS 821.5
GG	Gemeindegesezt, sGS 151.2
GSchG	Gewässerschutzgesetz; SR 814.20
GSchV	Gewässerschutzverordnung; SR 814.201
KRP	Kantonaler Richtplan
LRV	Luftreinhalteverordnung; SR 814.318
LSV	Lärmschutzverordnung; SR 814.41
NHG	Bundesgesetz über den Natur- und Heimatschutz; SR 451
PBG	Planungs- und Baugesetz Kanton St.Gallen, sGS 731.1
PBV	Verordnung zum Planungs- und Baugesetz
RPG	Bundesgesetz über die Raumplanung (Raumplanungsgesetz); SR 700
RPV	Raumplanungsverordnung; SR 700.1
SIA	Schweizerischer Ingenieur- und Architektenverein
SN	Schweizer Norm
SNV	Schweizerische Normen-Vereinigung
SSV	Signalisationsverordnung; SR 741.21
StrG	Kantonales Strassengesetz, sGS 732.1
StrV	Kantonale Strassenverordnung, sGS 732.11
USG	Bundesgesetz über den Umweltschutz (Umweltschutzgesetz); SR 814.01
VGv	Verwaltungsgebührenverordnung, sGS 821.1
VRP	Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege, sGS 951.1
VSS	Schweizerischer Verband der Strassen- und Verkehrsfachleute
WaG	Bundesgesetz über den Wald vom 4. Oktober 1991, SR 921.0
ZGB	Schweizerisches Zivilgesetzbuch; 210